

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 41

Artikel: Aus der geschichtlichen Stellung verdeutlicht sich die Weltbedeutung des XXII. Parteikongresses

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076466>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der geschichtlichen Stellung verdeutlicht sich die

Weltbedeutung des XXII. Parteikongresses

Der gerade eröffnete 22. Kongress der KPdSU nimmt durch die Annahme des dritten Parteiprogramms in der Geschichte des Kommunismus eine besondere, und für uns besonders bedrohliche Stellung ein. Die bisherige strategische Zielsetzung der zukünftigen Weltherrschaft wird als taktisches Anliegen der Gegenwart formuliert. Der Vollkommenismus ist für die jetzige Generation angekündigt worden. Andererseits beruht der gleiche Vollkommenismus auf der Voraussetzung, dass der «Imperialismus» vollständig besiegt wird. Imperialismus ist aber jedes nichtkommunistische System. Somit ist für diese Generation der Weltkommunismus angekündigt. Die geschichtliche Entwicklung der Parteikongresse gibt Aufschluss über die Durchführung der kommunistischen Planung. Soll sie durchkreuzt werden, muss sie erkannt werden.

Der Kongress

ist das oberste Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und muss statutengemäß (Paragraph 29) jedes vierte Jahr einberufen werden. (Außerdem können auf Wunsch eines Drittels der gesamten Mitgliedschaft außerordentliche Parteikongresse stattfinden.) Die Aufgaben des Kongresses sind laut Statut (Paragraph 31): Annahme der Rechenschaftsberichte des Zentralkomitees (ZK), der Zentralen Revisionskommission und der übrigen Zentralbehörden der Partei, Annahme von Parteistatuten und Programmen (dieses Jahr auf der Traktandelliste), Festlegung der parteipolitischen Taktik in den Grundzügen, Wahl des Zentralkomitees und der Zentralen Revisionskommission. Zwischen zwei Kongressen wird die ganze Partei vom ZK entsprechend der vom Kongress bestimmten Richtlinien geführt.

(Vor dem 19. Parteikongress 1952 gab es noch eine parallele Zentralinstitution, die Konferenz der KPdSU. Sie wurde vom ZK einberufen, der ihre für die ganze KP verbindlichen Beschlüsse auch zu bestätigen hatte. Solange das ZK nicht so gefestigt war, dass ihm die Abhaltung eines Kongresses risikolos möglich war, stellte die Einberufung der Parteikonferenz das bequemste Mittel dar, die Anordnungen der obersten Partei-Exekutive reibungslos durchzusetzen. In den Volksdemokratien, wo die ZK-Macht position noch nicht so absolut ausgebaut ist, konkurrieren die Parteikonferenzen noch immer mit den Parteikongressen.

Start im Ausland

In der Geschichte der KPdSU gab es bisher 21 Parteikongresse und 18 Parteikonferenzen, einschließlich der in der vorrevolutionären Epoche zwischen 1898 und 1917 abgehaltenen Tagungen. Die Partei trug allerdings verschiedene Namen: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR 1898–1918), Kommunistische Partei Russlands/Bolschewiken (RKP/B 1918 bis Dezember 1925), Alluniions-Kommunistische Partei/Bolschewiken (VKP/B 1925 bis 1952) und schliesslich Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU ab 1952). Die lange Zeit bewahrte Bezeichnung «Bolschewiken» betonte den Unterschied zu den später ausgerotteten «Menschewiken» (ungefähr gleich Sozialdemokraten).

Der Grundsatz des «demokratischen Zentralismus» (siehe Untersuchung und Gebräuchsterminologie KB Nr. 28), heute noch für die Parteistruktur anerkannt, besteht bereits seit 1898, bzw. 1903 unverändert.

Die ersten Kongresse fanden im Ausland statt. Am 2. Kongress der SDARP von 1903 in Brüssel entstand eigentlich bereits die Partei des «neuen Typs» der Bolschewiki. Diese linksorientierten Lenin-Anhänger setzten ihre Parteauffassung gegenüber den evolutionären Menschewiken wenigstens teilweise durch. An diesem wichtigen Kongress wurde das erste Parteiprogramm angenommen. Die leninistischen Ideen waren es, die dem angestrebten Sturz des Zarenregimes als massgebende Taktik dienten.

Der 3. Kongress (1905 in London) definierte dann Strategie und Taktik der Partei des neuen Typs. Die Strategie richtet sich auf die bewaffnete sozialistische Revolution, die Taktik auf den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution, die tatsächlich im gleichen Jahr in Russland ausbrach. Die bürgerlich-demokratische Revolution wird — der Satz ist heute noch gültig — als erste Etappe der sozialistischen Revolution betrachtet.

Die Bedeutung der beiden nächsten Kongresse (Stockholm 1906 und London 1907) liegt in der Teilnahme von Vertretern der Sozialdemokratischen Parteien der Ukraine, Finnlands, Lettlands und Polens. Ihr gemeinsames Anliegen war der Kampf gegen die zaristische Macht.

Von der Bolschewisierung zum Terror

Mit dem 4. Kongress von Petersburg im Revolutionsjahr 1917 wurde die Reihe der russischen Tagungen eröffnet, und der nächsten Auflage (Petersburg 1918) kam es zur neuen Namensgebung «Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiken)». Von grösster Bedeutung war der noch im gleichen Monat (März 1918) einberufene 8. Kongress, wo das neue, bis zu diesem Herbst gültige zweite Parteiprogramm angenommen wurde. Es legte die Aufgaben der Partei für die gesamte Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus fest. In wirtschaftlicher Hinsicht sah er die abzuschliessende Enteignung der Bourgeoisie und die Ueberführung aller Produktionsmittel in Volkseigentum vor. Beschlossen wurde ferner die zunehmende Genossenschaftsbildung bei der Lokal- und Kleinindustrie und die Einführung der Sowjetwirtschaften im Agrarwesen. Verstanden wurden darunter nicht nur die heute übriggebliebenen Kolchosen und Sowchosen (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften/LPGs und Staatsgüter), sondern auch die Volkskommunen, die dann nach ihrem völligen Fehlschlagen in den dreissiger Jahren wieder abgeschafft wurden. Das Programm proklamierte auch die Planwirtschaft, bis heute ökonomische Grundlage des kommunisti-

schen Systems. Dieser Kongress war es auch, der sowohl auf Partei- als auch auf Staatsebene das föderative System ablehnte und die Autarkiebestrebungen der einzelnen nationalen KPs auf Entscheidende verwarf. Alle Behörden der «nationalen KPs» wurden dem Moskauer Zentrum direkt untergeordnet.

Der 10. Kongress (1921) ordnete den Übergang zur «Neuen Oekonomischen Politik» (NEP) an, welche zur dringend nötigen Wirtschaftsanierung eine gewisse Liberalisierung zuließ.

Einen weiteren wichtigen Schritt in der kommunistischen Entwicklung brachte 1925 der 14. Kongress — diesmal der Alluniions-KP (B). Hier wurde die «sozialistische Industrialisierung» angeordnet, d.h. der Vorrang von Schwerindustrie und Elektrifizierung. Dieses Prioritätsprinzip lässt sich (in mehr oder weniger starker Ausprägung) in der Entwicklung sämtlicher kommunistischer Staaten beobachten.

Das 15. (1927) und vor allem das 16. Treffen waren der unionsweiten Terrordurchführung gewidmet. Letzteres organisierte die Massenverfolgung der «klassenfeindlichen Elemente». Die entscheidende Abrechnung mit der klasseneigenen Opposition folgte dann 1934 (17. Kongress). Es hieß euphemistisch «Verbesserung der qualitativen Parteizusammensetzung» und bedeutete in den folgenden Jahren eine partei-interne Massensäuberung, die mit der physischen Liquidierung der Menschewiken Hand in Hand ging. Die eigentlich erst 1937 formulierte stalinistische These «der Klassenkampf spitzt sich im Sozialismus zu (d.h. die Vernichtung der früheren Verbündeten aus andern Lagern, der Naiven und Mitläufer erfolgt im Stadium der Machtfestigung)» wurde jedenfalls schon damals von der Partei gehandhabt.

Der 18. Kongress von 1939 konnte auf ein abgeschlossenes Werk zurückblicken: die Gegner waren tot. Nun ging es an die Festigung der «innern Demokratie». Aber die Tagung ist noch in einer andern Hinsicht wichtig: Es war dieser Kongress, der es als wirtschaftliche Hauptaufgabe der UdSSR bezeichnete, die wichtigsten kapitalistischen Länder in der Pro-Kopf-Produktion einzuholen und zu überholen. Seitdem misst die Sowjetrepublik dieser Parole eine zunehmende Bedeutung zu, musste aber in dieser Hinsicht (wenigstens was Verbrauchsgüter anbetrifft), den Zeitpunkt der Zielerreichung immer weiter hinausschieben.

Von Stalin zu Chruschtschew

Trotz der statutarischen Einberufungspflicht tagte das oberste Parteiorgan bis zum Herbst 1952 nicht mehr. Stalin regierte Partei und Staat allein durch das ZK, oder vielmehr durch ein kleines ZK-Gremium, dem Politbüro (1952 durch das ZK-Präsidium, später durch das ZK-Sekretariat abgelöst, wogegen es in der Volksdemokratien weiterhin besteht). Diese Periode nennt jetzt die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung die «Periode des Personenkults».

Der 19. Kongress von 1952 (nun der KPdSU) nahm ein Jahr vor dem Tode des Diktators ein neues Statut an, das die Rechte, insbesondere aber die Pflichten der Parteimitglieder definierte.

Von historisch vorübergehender Bedeutung war der 20. Kongress, wo eine Demokrati-

sierung und Liberalisierung beschlossen wurde, und Chruschtschew seinen Vorgänger brandmarkte. Die Herbstereignisse (Posener Aufstand, ungarische Revolution) sorgten dafür, dass die «liberale» nicht weiter verfolgt wurde.

Der 21. ausserordentliche Parteikongress (1959) war und ist von doppelter Bedeutung. Aussenpolitisch wurde die friedliche Koexistenz als Haupttaktik der kommunistischen Bewegung definiert, da sie ohne Kriegsrisiken zum strategischen Endziel, zum Sieg des Weltkommunismus, führen könne. Innenpolitisch wurden zwei wichtige Aufgaben gestellt: die stufenweise «Vergesellschaftlichung» des Staates durch die zunehmende Aktivität und Rolle der Gesellschaftsorgane einerseits, und die Annahme des Siebenjahresplanes (bisher sechs Fünfjahrespläne) auf wirtschaftlichem Gebiet anderseits.

Weltherrschaft via Entwicklungsländer

Das jetzige Treffen wird die seit 1959 eingeschlagene Politik weiterentwickeln. Seine eigentliche Bedeutung erhält es aber durch die Annahme vom neuen Programm und Statut der KPdSU. Das Programm bis 1980 kündet Uebergang zum Vollkommunismus an, weil die Periode des sozialistischen Aufbaus (seit 1918) als abgeschlossen betrachtet wird. Wirtschaftlich erklärt es, die Sowjetunion werde alle kapitalistischen Länder hinter sich lassen. Gesellschaftlich soll der Staat absterben. Vollständig wird das aber laut Programm und der massgebenden Partei-Ideologie erst möglich sein, wenn der «Imperialismus» aufgehört hat zu existieren, d. h. die ganze Welt kommunistisch geworden ist. Ein genauer Zeitpunkt dafür wird nicht angegeben, doch lautet der Schlussatz des Programms: «Die Partei verkündet feierlich: die heutige Generation der Sowjetbürger wird im Kommunismus leben.» Die Volksdemokratien sind bezeichnenderweise bereits im innenpolitischen Teil des Programms behandelt.

Als Mittel zur Machtergreifung in der Welt wird (1. Teil, Kapitel 5) der Kampf um die Demokratie erklärt, der als Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus definiert wird. Der Weltkommunismus soll als eine Kette von getrennten, aber von allen kommunistischen Parteien unterstützten Revolutionen vorbereitet werden.

Noch sind die sowjetischen Machthaber in ihrer Formulierung bezüglich ihrer Revolutionsziele im Westen vorsichtig. Dagegen ist die Machtergreifung in den Entwicklungsländern Gegenwartsziel: «Die KPdSU betrachtet das brüderliche Bündnis mit den Völkern, die das koloniale oder halbkoloniale Joch abgeschüttelt haben, als einen Grundpfeiler ihrer internationalen Politik... als ihre internationale Pflicht, die Völker, die den Weg zur Eingliederung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit gehen, sowie alle Völker, die für die vollständige Vernichtung des Kolonialsystems kämpfen, zu unterstützen (Teil 1, Kapitel 5).

Am 1. Oktober haben in der Sowjetunion die Parteischulen mit ihrem Unterricht begonnen. Die Parteischulungskurse werden dieses Jahr von einer halb Millionen Kommunisten und Parteilosen besucht. Zusätzlich nehmen noch 135 000 Jugendliche an den Komsomol-Ausbildungskursen teil. Die Absolventen der Lehrgänge werden «ihre Kenntnisse in den Beratungsgruppen den Fragestellern zur Verfügung stellen».

Weissrussische Sozialistische Sowjetrepublik

Auch die Bjelorussische SSR ist in der UNO vertreten

Geschichte: Während der Revolution scheiterte der Versuch des «konterrevolutionären» weissrussischen «Rada» (genau wie jener des «Ukrainischen Rada»), die Unabhängigkeit Weißrusslands zu garantieren. Der im Dezember 1917 einberufene «All-Weißrussische Kongress» wurde mit Moskaus Hilfe auseinandergetrieben und der bewaffnete Aufstand von Rotgardisten niedergeschlagen.

Auf Stalins Vorschlag beschloss das ZK der KP Russlands am 23. Dezember 1918 die Gründung der Weissrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Damit beauftragt (ebenso mit der Errichtung der bjelorusischen KP) wurde der Sekretär des weissrussischen Gebietskomitees der KP Russlands. Die Gründung der Republik erfolgte an Weihnachten 1918 in Moskau (!) nach Annahme des diesbezüglichen Beschlusses des Zentralkomitees der Russischen KP.

Der erste All-Weißrussische Sowjetkongress proklamierte am 3. Februar 1919 die unabhängige Weissrussische Sowjetrepublik. Am nächsten Tage wurde jedoch die einheitliche Litauisch-Weißrussische SSR gebildet (gleichzeitig mit Vereinigung der Parteien).

1. Juli 1919: Dekret des Zentralen Exekutivkomitees der RSFSR über den Militärbund mit der Ukraine, Litauen und Weissrussland (Vereinigung mit der RSFSR und der Ukraine).

Verfassungen: 1919, 1925 und 1937.

Verfassungsgemäß ist die Weissrussische SSR ein souveräner Staat und ist laut Verfassungsreform von 1944 (Unionsgesetz) zur Errichtung eigener Truppenformationen, zur Aufnahme unmittelbarer Beziehungen mit dem Ausland (mit Schließung

von Abkommen) und zur Unterhaltung diplomatischer und konsularischer Vertretungen berechtigt. «Selbständiges» Uno-Mitglied. (Besondere weissrussische Staatsbürgerschaft gibt es ebenso wenig wie weissrussische Staatsgrenzen.)

Staats- und Regierungsform: wie bei der Ukraine.

Fläche: 207 600 Quadratkilometer. Grosser Kriegsgewinn von Polen (westliche Gebiete).

Hauptstadt: Minsk (über eine halbe Million Einwohner). Drei weitere Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Einwohner: 8 060 000 (1959). Davon 31 Prozent Stadtbevölkerung und 69 Prozent Landbevölkerung.

Bevölkerung: 6 444 000 (80 Prozent) Weissrussen, 729 000 (9,1 Prozent) Russen, 539 000 (6,7 Prozent) Polen, je 150 000 (1,9 Prozent) Ukrainer und Juden.

Wirtschaft: In der landwirtschaftlichen Produktion besonders hervortretend Kartoffelanbau, Milchwirtschaft und Viehzucht (bedeutende Schweinezucht).

In der Industrieproduktion sind Maschinenbau, Metall- und Holzverarbeitung besonders wichtig. Spezialität sind Traktoren (auf 1965 veranschlagt ein Fünftel der Unionsproduktion) und Lastwagen (besonders schwere Typen).

Den ersten Platz unter den bedeutendsten Energie- und Rohstoffquellen nimmt der Torf ein. Die Stromgewinnung nimmt zu (7 Md. kWh jährlich bis 1965 geplant).

Neuesten Datums sind nebst andern Industrien (darunter Uhrenfabrik in Minsk) Baumwollverarbeitung und Erdölraffinerien (großteils noch im Bau). Die nach dem Krieg völlig wiedererbaute Industrie ist allgemein im Aufschwung begriffen.

